



Schützen treffen im Powerplay

Der Bund wollte die Munition für das alte Sturmgewehr 57 weniger stark subventionieren. Nun krebst er zurück.

Reto Wattenhofer

Sie war jahrzehntelang der Inbegriff für Schweizer Qualitätsmunition: die Gewehrpatrone 11, kurz «GP11». 1911 eingeführt, diente sie bis 1994 als Standardmunition der Schweizer Armee. Seither erfreut sie sich vor allem bei Schützinnen und Schützen grosser Beliebtheit, die noch das alte Sturmgewehr 57 oder den noch älteren Karabiner benutzen.

Jährlich lässt sich der Bund die Munitionssubventionen 6,5 Millionen Franken kosten. Doch nun erhöht die 7,5 mal 55 Millimeter grosse Patrone die Gemüter. Der Grund: Der Bund möchte die Subventionen für die GP11 kürzen. Schützen sollen ab nächstem Jahr tiefer in die Tasche greifen. Statt 30 soll jede Patrone künftig 60 Rappen kosten. Laut Berechnungen der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) führt diese Differenz zu jährlichen Mehrkosten von maximal 110 Franken für jeden Schützen.

Fortbestehen der Schützenvereine gefährdet

Leidtragende sind in erster Linie Hobbyschützen. Für die Armee spielt die Gewehrmunition GP11 nur noch eine untergeordnete Rolle. Gerade deshalb sind der EFK die Munitionssubventionen an die rund 2500 Schützenvereine ein Dorn im Auge. Die GP11 werde stärker subventioniert als die Munition für die Armee, kritisierte die Aufsichtsbehörde in einem 2022 publizierten Bericht.

Sie empfahl dem Verteidigungsdepartement (VBS) deshalb, die Subventionsbeiträge an die GP11 an jene der Armeemunition anzugleichen. Zum

Missfallen der Schützenvereine. Schon im Bericht der EFK warnten sie davor, höhere Munitionspreise könnten «einen erheblichen Einfluss auf das Fortbestehen der Vereine haben». Trotz absehbarem Widerstand zeigte sich das VBS offen für die Empfehlung der Finanzkontrolle. Allerdings handelte es mit dem Schweizer Schiesssportverband eine Kompensation aus. Im Gegenzug erhielten die Schiessvereine höhere Zuschüsse für das obligatorische Programm, das Feldschiessen und Jungschützenkurse. Kostenpunkt zwei Millionen Franken.

Werner Salzmann tritt auf den Plan

Doch bereits bevor die Pläne zum Fliegen kommen, krebst der Bund wieder zurück. Wie das VBS auf Anfrage bestätigt, hat er seine Pläne vorerst auf Eis gelegt. Die Schiessverordnung könne «nicht wie geplant» auf 2024 revidiert werden. Der Bund hat die Rechnung ohne Werner Salzmann gemacht. Der Berner SVP-Ständerat möchte den Plänen einen Riegel schieben und reichte im Mai eine entsprechende Motion ein. «Es ist sicher nicht im Interesse der Armee und unseres Landes, wenn in einer Zeit, in der wir auf jeden Schützen und Soldaten in unserem Land angewiesen sind, mit solchen Massnahmen der Wehrwille geschwächt wird», argumentierte der ehemalige Präsident des Berner Schiesssportverbands.

Der Ständerat sprach sich in der Herbstsession mit 28 zu 10 Stimmen deutlich für das Ansinnen aus. «Wem also etwas am

Schützenwesen, an diesen Vereinen gelegen ist, der darf jetzt nicht hingehen und einen wesentlichen Teil dieser Schützenfamilie bestrafen, indem man die Munitionspreise verdoppelt», brachte der Bündner Mitte-Ständerat Stefan Engler die Gefühlslage in der kleinen Kammer auf den Punkt.

Einen schweren Stand hatten die Gegner. Der Zürcher SP-Ständerat Daniel Jositsch versuchte die «harmonische Stimmung», wie er es nannte, im Rat etwas zu brechen. Ausserhalb der Dienstpflicht sei das Schiessen «grundsätzlich ein Hobby, das ich jedem gönne und das bis zu einem gewissen Grad den Wehrwillen stützt.» Wenn er aber ins Fitnessstudio gehe, sehe er auch dort junge Leute, «die trainieren und gewissermassen den Wehrwillen stärken». Nach dieser Logik müsste man auch die Fitnessstudios unterstützen.

Wie es nun weitergeht, ist offen. Nach dem klaren Verdikt im Ständerat wartet das VBS nun ab, was der Nationalrat entscheiden wird. Nehme er die Motion ebenfalls an, müssten neue Massnahmen ausgearbeitet werden, kündigt das VBS an. «Die Schiessverordnung wird allenfalls später revidiert.» Dass dies im Sinne der Finanzkontrolle geschieht, wird sich zeigen. Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats empfiehlt ihrem Rat, die Motion abzulehnen. Der Entscheid fiel indes hauchdünn mit 11 zu 10 Stimmen bei 3 Enthaltungen.



Der Preis der Munition für das Sturmgeschütz 57 wird auf nächstes Jahr nicht erhöht.